

Zurückgestellte Stellen des Referates für Stadtplanung und Bauordnung aus vorhandenen Finanzierungsbeschlüssen aus dem Jahr 2016

Übersicht

Aufgabe		Anzahl Stellen		
		Antrag der Referentin	Beschlossen	Zurückgestellt
1	Optimierung BPlan/ Öffentlichkeitsarbeit	70	39	31
2	LBK zukunftsfähig ausstatten	33	26	7
3	Langfristige Siedlungsentwicklung	4	1	3
4	Denkmalschutz	3	1	2
5	Biotoppflege	2	1	1
6	Bürgerschaftliches Engagement	2	1	1
	Gesamt	115	70	45

1 Optimierung der Bebauungsplanverfahren und der Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit im Referat für Stadtplanung und Bauordnung; Organisatorische Anpassungen in der Hauptabteilung II – Stadtplanung; Personalentwicklung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Beschluss der Vollversammlung vom 16.03.2016 (Vorlagen Nr. 14-20/ / V 04459)

Neu geschaffenen Stellen 39

Zurückgestellte Stellen 31

Davon

A) Optimierung der Bebauungsplanverfahren

Hauptabteilung I:

3 Stellen Sachbearbeitung Verkehrsplanung, Planungsbereich E13 Technischer Dienst, 4.

Qualifikationsebene (QuE)

1 Stelle Sachbearbeitung Verkehrsplanung, Grundlagenbereich E13 Technischer Dienst, 4. QuE

1 Stelle Verwaltung E9/ A 10 Verwaltungsdienst, 3. QuE

Hauptabteilung II:

5 Stellen Sachbearbeiter/in Teamassistent/in, E 6, Verwaltungsdienst, 2. QuE

Referatsgeschäftsleitung, dIKA:

1 Stelle für eine/n Sachbearbeiter/in Anforderungsmanagement, E 10, IT-Dienst, 3. QuE

B) Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit

Hauptabteilung I:

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit - Teamleitung, E 14 /A14 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit, E13/A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit, E12/ A 12 Technischer oder Sonstiger Dienst, 3. QuE

1 Stelle Onlineredakteurin/Onlineredakteur, E11/ A12 Sonstiger Dienst, 3. QuE

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit „Partizipation“, E13/ A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

Hauptabteilung II:

2 Stellen Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung, E12/ A 12 Technischer oder Sonstiger Dienst, 3. QuE

2 Stellen Organisation Bürgerbeteiligung, A 12 Verwaltungsdienst, 3. QuE

Hauptabteilung III:

1 Stelle Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung, E13/ A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

Hauptabteilung IV:

1 Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit HA IV, E10/ E11 Technischer Dienst, 3. QuE

C) Sonstiger Personalbedarf

Referatsgeschäftsleitung:

6 Ausbildungsstellen für Baureferendare/innen, 4. QuE

1 Stelle Sachbearbeitung „Berichts- und Beschlusswesen“, E9/ A10 Verwaltungsdienst, 3. QuE

1 Stelle Sachbearbeitung Fachlich-Technische-Dienstleistung, E10/ A 11 IT-Dienst, 3. QuE

1 Stelle Sachb. Fachlich-Technische-Dienstleistung, E10/ A 11 IT-Dienst, 3. Qualifikationsebene

Büro der Referatsleitung:

1 Stelle Sachbearbeitung „Persönliche/r Mitarbeiterin“, E10/ A11 Verwaltungsdienst Dienst, 3.QuE

A) Optimierung der Bebauungsplanverfahren

Hauptabteilung I:

3 Stellen Sachbearbeitung Verkehrsplanung, Planungsbereich E13 Technischer Dienst, 4.

Qualifikationsebene (QuE)

1 Stelle Sachbearbeitung Verkehrsplanung, Grundlagenbereich E13 Technischer Dienst, 4. QuE

1 Stelle Verwaltung E9/ A 10 Verwaltungsdienst, 3. QuE

Begründung des Stellenbedarfes:

Mit den dringend erforderlichen weiteren Bebauungsplanungen geht eine weitere Verdichtung des städtischen Raumes mit gleichzeitig zunehmender Mobilitäts- / Verkehrsnachfrage einher. Dies kann stadtverträglich nur durch wesentlich differenziertere und flexiblere Verkehrs- und Mobilitätskonzepte sowie durch ein deutlich intensiveres frühzeitiges Zusammenwirken der Stadt- und Freiraumplanung sowie der Verkehrsplanung bewältigt werden. Zudem ist insbesondere für das Thema der verkehrlichen Erschließung bzw. Bewältigung der zusätzlichen Mobilitätsnachfrage im Rahmen von Bebauungsplanungen sowie deren Auswirkungen auf das bestehende Netz eine wesentlich umfassendere und den gesamten Planungsprozess begleitende fachliche Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Diese ist wichtig, um für Transparenz zu sorgen und eine erhöhte Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

Nur durch eine Zuschaltung entsprechender Personalkapazitäten für die Bebauungsplanung im Verkehrsbereich können die zusätzlichen umfassenden Anforderungen bewältigt werden. Dazu sollen zum Einen für die bessere referatsinterne und referatsübergreifende Projektkoordinierung bei der Planung und Abstimmung der Verkehrserschließung und Mobilitätskonzepte „Fachkoordinatorinnen bzw. Fachkoordinatoren Verkehr“ in den Planungsbezirken und der neuen Abteilung „Sonderplanungen“ der HA II angesiedelt werden, um für einen organisatorisch reibungslosen und optimalen Bebauungsplanungsprozess zu sorgen.

Zudem müssen in der Abteilung „Verkehrsplanung“ ebenfalls zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden, damit die umfassenden verkehrsplanerischen Leistungen im Rahmen der beschleunigten Bebauungsplanungsverfahren (frühzeitige Erstellung entsprechender Mobilitätskonzepte) neben den weiteren termingebundenen verkehrlichen Projekten und Aufgaben erbracht werden können. Dafür ist die Zuschaltung von zusätzlichen Stellen im Planungsbereich für die verkehrsplanerischen Leistungen in den drei Planungsteams und Stellen im Grundlagenbereich zur Bereitstellung von Verkehrszählungen, -analysen und -prognosen erforderlich. Des Weiteren wird eine Stelle für Verwaltungsaufgaben innerhalb der Abteilung Verkehrsplanung erforderlich (vgl. Stellenbeschreibung auf Seite 2, bisher noch keine Verwaltungsstelle in der Abteilung Verkehrsplanung vorhanden).

Nur durch Zuschaltung des gesamten Stellenbedarfs kann gewährleistet werden, dass die Optimierung der Bebauungsplanung gelingt, da nur mit Zuschaltung der noch nicht genehmigten Stellen die vielfältigen und intensiven Fragestellungen zum Verkehr in der notwendigen Quantität und Qualität bearbeitet werden können. Im Detail ist deshalb weiterhin

- eine Zuschaltung im Planungsbereich bei I/3 in jeder Arbeitsgruppe (AG Planung Mitte, Süd/Ost und Nord/West - je ein zusätzliches VZÄ) zwingend erforderlich, um die zusätzlich anfallenden Verkehrsgutachten betreuen zu können
- eine weitere Zuschaltung im Grundlagenbereich im Umfang 1 VZÄ zwingend erforderlich, da für jedes Verkehrsgutachten die zugrunde zu legenden Verkehrsmengen in der Analyse und Prognose mittels des multimodalen Verkehrsmodells der Abteilung I/3 ermittelt und zum Nachweis der leistungsfähigen Verkehrserschließung sowie zur Einhaltung der gesetzlichen Lärmgrenzwerte zur Verfügung gestellt werden müssen
- eine Zuschaltung zur Bearbeitung von Verwaltungsaufgaben im Umfang einer VZÄ aufgrund der Mehrung der Fallzahlen an Verkehrsgutachten zwingend erforderlich um in der Lage zu sein, die mit den zusätzlichen Bebauungsplanungen/Verkehrsgutachten einhergehenden Stadtrats-, Bezirksausschussanträge, Bürgerversammlungsempfehlungen, Beschlussvorlagen, Ausschreibungsverfahren für Gutachten, etc. termingerecht bewältigen zu können.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellten Positionen):

3 Stellen Sachbearbeitung Verkehrsplanung, Planungsbereich E13 Technischer Dienst, 4. QuE

- fachliches Betreuen der Entwicklung verkehrsplanerischer Erschließungskonzepte im Rahmen der Bauleitplanung unter den Vorgaben der Ziele
- Handlungsprogramme und Maßnahmenkonzepte im Bereich Verkehr der Landeshauptstadt München
- Analysieren und Bewerten der verkehrsplanerischen Erschließungskonzepte hinsichtlich der ortsbezogenen und gesamtstädtischen Auswirkungen auf den Verkehr inklusive Abstimmung mit den Bezirksausschüssen
- Erarbeiten projektbezogener, flankierender Maßnahmenkonzepte und Handlungsprogramme für den Verkehr wie z. B. Parkraumkonzepte und Nahmobilitätskonzepte zur Sicherstellung einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und gendergerechten Mobilität mit umweltverträglichen Verkehrsmitteln
- eigenständiges Erarbeiten von Beschlussvorlagen und Berichten für den Stadtrat inklusive Begleiten der damit verbundenen fachlichen, politischen und öffentlichen Abstimmungsprozesse
- Durchführen von Präsentationen für unterschiedliche Zielgruppen (Fachkreise, Politik und Bürgerversammlungen) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Entwickeln und Umsetzen von Konzepten für die Öffentlichkeitsarbeit zu verkehrsplanerischen Themen

1 Stelle Sachbearbeitung Verkehrsplanung, Grundlagenbereich E13 Technischer Dienst, 4. QuE

- Fachliche Begleitung des stadtweiten Prozesses zur Bearbeitung von Bauleitplänen
- Fachliche Betreuung bei der Entwicklung verkehrlicher Erschließungskonzepte sowie einer prognostischen Bearbeitung mittels des multimodalen Verkehrsmodells der LHM im Rahmen der Bauleitplanung
- Konzeption verkehrlicher Vorgaben gemäß der verkehrlichen Ziele des Verkehrsentwicklungsplans 2006, des Lärmaktionsplans und des Luftreinhalteplans der LHM
- Mitwirkung bei Beschlussvorlagen, Erstellung von Beschlussvorlagen und Präsentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung

1 Stelle Verwaltung E9/ A 10 Verwaltungsdienst, 3. QuE

- formale Bearbeitung und Koordination von Stadtratsanträgen
- formale Bearbeitung und formale Koordination von Beschlussvorlagen
- Betreuung und Koordination von Ausschreibungsverfahren für Ingenieurleistungen (VOL/HOAI)
- Verwaltung der Haushaltsmittel der Abteilung
- Fachliches Betreuen der Entwicklung verkehrsplanerischer Erschließungskonzepte im Rahmen der Bauleitplanung unter den Vorgaben der Ziele Handlungsprogramme und Maßnahmenkonzepte im Bereich Verkehr der Landeshauptstadt München
- Analysieren und Bewerten der verkehrsplanerischen Erschließungskonzepte hinsichtlich der ortsbezogenen und gesamtstädtischen Auswirkungen auf den Verkehr inklusive Abstimmung mit den Bezirksausschüssen
- Erarbeiten projektbezogener, flankierender Maßnahmenkonzepte und Handlungsprogramme für den Verkehr wie z. B. Parkraumkonzepte und Nahmobilitätskonzepte zur Sicherstellung einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und gendergerechten Mobilität mit umweltverträglichen Verkehrsmitteln
- Eigenständiges Erarbeiten von Beschlussvorlagen und Berichten für den Stadtrat inklusive Begleiten der damit verbundenen fachlichen, politischen und öffentlichen Abstimmungsprozesse
- Durchführen von Präsentationen für unterschiedliche Zielgruppen (Fachkreise, Politik und

Bürgerversammlungen) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung

- Entwickeln und Umsetzen von Konzepten für die Öffentlichkeitsarbeit zu verkehrsplanerischen Themen

Hauptabteilung II

5 Stellen Sachbearbeiter/in Teamassistent/in, , E 6, Verwaltungsdienst, 2. QuE, davon 3 Stellen in den Planungsbezirken, 1 Stelle bei der Abt. 5 – Grünplanung und 1 Stelle bei der neuen Abteilung Sonderplanungen und Projektentwicklung

Begründung des Stellenbedarfes:

Um mehr und schneller Bebauungspläne mit Grünordnung auf den Weg zu bringen, sollte die Verwaltung in den Planungsbezirken, bei der neuen Abteilung II/6 Sonderplanungen und Projektentwicklung sowie bei der Abteilung II/5 Grünplanung zusätzlich noch mit jeweils einer Verwaltungsassistentin verstärkt werden.

Damit können die Verwaltungskräfte von einfacheren Tätigkeiten entlastet und bei der Koordinierung von Terminen und Aufgaben unterstützt werden, so dass sie sich stärker den eigentlichen Bauleitplanaufgaben widmen können. Zudem kann künftig eine Vertretung der Vorzimmerkräfte innerhalb der Abteilung sichergestellt werden.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellten Positionen):

- Organisation des Postein- und Postauslaufs
- Terminkoordination und -verwaltung
- Führen und Ablage der Planungsakten
- Unterstützung des Teams Verwaltung
- Vertretung der Vorzimmerkraft der Abteilung

Referatsgeschäftsleitung, dIKA

1 Stelle für eine/n Sachbearbeiter/in Anforderungsmanagement, E 10, IT-Dienst, 3. QuE

Begründung des Stellenbedarfes:

Im Zuge der Bearbeitung des Vorhabens 'PLAN_ITV_0039_Optimierung BPLAN-Prozess' wurden weitere Anforderungen bekannt, für die eine geeignete IT-Unterstützung benötigt wird. Neben der weiteren Unterstützung und Bearbeitung der laufenden Themen Projekthandbuch (BPLAN-Entstehungsprozess), Modellierung der Geschäftsprozesse und Musterzeitplan (für B-Plan Projekte) sind folgende zusätzliche Themen mit zu berücksichtigen und zu koordinieren:

- Einbindung bzw. Anpassung des bereits vorhandenen Fachverfahrens „Bebauungsplandatenbank“
- Aufbau eines IT-unterstützten Wissensmanagements (intern)
- elektronische Unterstützung öffentlicher Auslegungen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens
- Informations- und Kommunikationsplattform für Bebauungspläne zwischen städtischen Referaten und externen Partnern
- Verfahren zur elektronischen Beteiligung Träger öffentlicher Belange

Auf Grund der Komplexität der Themen, deren Abhängigkeiten und notwendigem Umsetzungszeitraum ist eine angemessene Unterstützung durch das Anforderungsmanagement (PLAN-dIKA-AM) nur durch zusätzliche Ressourcen für den Bereich Fachanalyse möglich.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Erfassen/Ausformulieren von den Anforderungen der Fachdienststelle an eine

IT-Unterstützung für das Themengebiet Bebauungsplanung

- Unterstützung der Facharchitekten bei der Geschäftsprozessfassung und -modellierung des organisationsübergreifenden Prozesses und Mitwirkung bei der Erstellung von IT-Umsetzungsstrategien zur Unterstützung der Fachaufgabe Bebauungsplanung
- Entwurf von fachlichen Lösungsansätzen

B) Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit

Hauptabteilung I:

- 1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit - Teamleitung, E 14 /A14 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE
- 1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit, E13/A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE
- 1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit, E12/ A 12 Technischer oder Sonstiger Dienst, 3. QuE
- 1 Stelle Onlineredakteurin/Onlineredakteur, E11/ A12 Sonstiger Dienst, 3. QuE
- 1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit „Partizipation“, E13/ A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

Begründung des Stellenbedarfes:

Neue Anforderungen an Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Stadtentwicklung und -planung betreffen das unmittelbare Lebensumfeld vieler Bürgerinnen und Bürger, deswegen stehen die Projekte des Referates für Stadtplanung und Bauordnung immer im Fokus der Öffentlichkeit. Alle Hauptabteilungen und Abteilungen stehen zunehmend und weit über das bereits heute Geleistete vor der Herausforderung, die entsprechenden Themen und Fragestellungen nicht nur reagierend beantworten zu müssen, sondern mehr und stärker im Vorfeld zu informieren und Themenfelder zu besetzen und die Bürgerinnen und Bürger daran zu beteiligen.

Vor allem die konkreten Planungen und Projekte, die vor Ort sichtbar werden, sind es, an denen sich unterschiedliche Interessen und Positionen am deutlichsten zeigen und hohe Aufmerksamkeit erzeugen. Dabei werden Einzelinteressen und Betroffenheiten immer (laut-)stärker geäußert, die dem öffentlichen Interesse (dem Gemeinwohlinteresse) oft widersprechen. Die Vermittlung des Abwägungsprozesses und des Ausgleichs zwischen den Interessen wird dabei angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen und Herausforderungen immer schwieriger. Diese gesellschaftlichen Prozesse können nur durch mehr und bessere Informationen und im Dialog gelöst werden.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sieht gerade in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern den Schlüssel zur Akzeptanz von Planungen. Die große Offenheit zur Partizipation und ein klares Bekenntnis zu einer hohen Planungskultur seitens des Referates erhöht durch den (kontinuierlichen) Dialog und die Mitsprachemöglichkeiten die Transparenz von Planungsprozessen.

Entscheidend für eine gelungene Beteiligung ist eine transparente, gut aufbereitete Information; sie ist Grundlage für Kommunikation.

Mit Bürgerbeteiligung ist die „Partizipation“, die direkte Einflussnahmemöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger auf Planungen gemeint. Dies geschieht einerseits über die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren (§ 3 BauGB), zum anderen aber auch durch informelle Verfahren wie „Open Space“, Workshops oder Bürgergutachten. Die Beteiligung ist elementarer Teil des (Bauleitplan-)Verfahrens und somit sehr eng an die fachliche Planungsaufgabe geknüpft. Sie muss fester Teil der (dezentralen) Projektbearbeitung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung bleiben.

Mit Öffentlichkeitsarbeit sind „Information“ und „Kommunikation“ gemeint, die die Basis für gelungene Beteiligung bilden. Sie stellen die vorbereitende, begleitende und nachbereitende Öffentlichkeitsarbeit sicher. Aufgabe ist es, die strategische Ausrichtung und die Ausgestaltung und den Umfang der Öffentlichkeitsarbeit für alle Projekte, Planungen und Konzepte zentral und kompetent zu steuern und so auch die Arbeit der Fachabteilungen zu entlasten.

Mehr Bürgerbeteiligung erfordert mehr Öffentlichkeitsarbeit und mehr Ressourcen

Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung haben in der Vergangenheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem hohen Arbeitsaufwand geführt, der in der Regel nur durch erhebliche Mehrarbeit (Überstunden) erbracht werden konnte. Durch die stärkere Bürgerbeteiligung, vor allem die informellen Instrumente, und die stärkere Nutzung neuer Medien werden in den nächsten Jahren noch mehr Aufgaben auf das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zukommen.

Dies gilt gleichermaßen für die Bereiche Stadtplanung, -entwicklung und -sanierung, die Verkehrsplanung sowie für den geförderten Wohnungsbau. Hier ist zu beobachten, dass sowohl die Quantität als auch die Anforderungen an die Qualität der Information, Kommunikation und Bürgerbeteiligung stark zunehmen. Zusätzlich ist in immer mehr Fällen eine vernetzte Vorgehensweise erforderlich. Der erhebliche Mehraufwand, der mit diesen Aufgaben verbunden ist, ist von den derzeit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr zu bewältigen.

Vor allem Genehmigen und Bauen stoßen im dicht bebauten Ballungsraum immer mehr auf Widerstände. Neben der Bewältigung der fachlichen Fragen muss dem stärker werdendem Bedürfnis nach Öffentlichkeitsarbeit Rechnung getragen werden. Die Baukulturfragen (Naturschutz, Denkmalschutz, Erörterung von Denkmalfragen mit der Bevölkerung, Thematisierung von Einzelbauvorhaben, Nachverdichtung) sowie eine veränderte Planungskultur (Transparenz und Partizipation) sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Herausforderungen.

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und Erwartungen sowie der immer komplexer werdenden Planungen ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren eine noch größere Zahl von Projekten und Themen öffentlich diskutiert werden wird und öffentlichkeitswirksam begleitet werden muss als bisher. Sowohl die Bürgerbeteiligung als auch die Öffentlichkeitsarbeit sind dazu zu verstärken. Vor allem die Kommunikation in den sozialen Medien stellt hier eine für die Verwaltung neue Ebene der Kommunikation dar (schnell, hierarchiefrei), die zusammen mit den beschriebenen und weiteren neuen Formaten genutzt werden muss.

Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Zielzahlen der Bauleitplanung bzw. im Wohnungsbau und der beschriebenen Aufgaben können diese (neuen) Aufgaben nicht allein von den Haupt- und Fachabteilungen bewältigt werden. Wesentlich für das gelungene Zusammenspiel der Aufgaben ist die strategische Planung und Koordination sowie die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Es wurden deshalb mit o.g. Beschlussvorlage zusätzliche Kapazitäten für

a) Öffentlichkeitsarbeit/ PlanTreff, HA I und HA IV planungsbezogene Kommunikation, projektbezogen und für übergeordnete Themen

- übergeordnete Öffentlichkeitsarbeit - Strategie und Konzepte
- Informations- und Diskussionsforum „PlanTreff“
- Online-Redaktionen und Online-Dialoge: muenchen.de/plan und muenchen-mitdenken.de
- Veröffentlichungen
- Ausstellungen
- Veranstaltungen
- Sonderaufgaben wie Schulwettbewerb, Architekturwoche, Bürgerschaftliches Engagement etc.
- Öffentlichkeitsarbeit der Lokalbaukommission mit jeweils eigenen Formaten

b) Service-Stellen für Partizipation, HA II, HA I/3, HA III, = formelle und informelle Partizipation, verfahrens-/projektbezogen

Formelle und informelle Bürgerbeteiligungen bei Projekten und Planungen wie Erörterungsveranstaltungen, Workshops, Wettbewerbsausstellungen und andere Formate, gekoppelt an Verfahren: Entwicklung, Durchführung, Veranstaltungsmanagement

beantragt, von denen

- 1 VZÄ Teamleitung
- 2 VZÄ Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit
- 1 VZÄ Onlineredaktion und
- 1 VZÄ Partizipation (angesiedelt in der Abt. Verkehrsplanung)

zurückgestellt sind.

Nur durch Zuschaltung des gesamten Stellenbedarfs kann gewährleistet werden, dass die Optimierung der Bebauungsplanung gelingt, da nur mit Zuschaltung der noch nicht genehmigten Stellen die im Beschluss dargestellten Maßnahmen zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und der Bürgerbeteiligung vollumfänglich wahrgenommen werden können. Im Detail ist deshalb weiterhin

- eine Zuschaltung der weiteren 4 VZÄ im PlanTreff für den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit
- eine Zuschaltung einer weiteren VZÄ Partizipation für die Unterstützung/Koordinierung der zusätzlich erforderlichen, umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit im Zuge der Vermittlung der verkehrlichen Lösungsvorschläge und Zielsetzungen für die zusätzlichen Bebauungsplanungen erforderlich.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellten Positionen):

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit - Teamleitung, E 14 /A14 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

- Teamleitung
- Strategische Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit
- Eigenständiges Entwickeln, Erstellen und Durchführen von Kommunikationskonzepten zu komplexen politischen und wissenschaftlichen Themen, auch referatsübergreifend
- Analyse von Planungsverfahren und der darauf bezogenen Kommunikation
-

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit, E13/A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

- Eigenständiges Entwickeln, Erstellen und Durchführen von themen- bzw. projektbezogenen Kommunikationskonzepten zu z. T. komplexen wissenschaftlichen Themen, auch referatsübergreifend
- Koordination, Qualitätsmanagement und -sicherung und Redaktion von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit
- Entwickeln und Begleiten von Online-Dialogen und Dialogen in den Sozialen Medien
- Sonderaufgaben wie z.B. zielgruppenbezogene Wettbewerbe und (Fach-)Veranstaltungen

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit, E12/ A 12 Technischer oder Sonstiger Dienst, 3. QuE

- Entwickeln, Erstellen und Durchführen von Kommunikationskonzepten – sowohl projektunabhängig als auch projektbezogen
- (Mit-)Entwickeln, Erstellen und Durchführen anlassbezogener Kommunikationsbausteine wie z.B. Ausstellungen, Veranstaltungen, Soziale Medien, Online-Dialoge

- Koordination, Qualitätsmanagement und -sicherung und Redaktion von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit
- Durchführen von Sonderaufgaben wie z. B. Entwicklung zielgruppenbezogener Wettbewerbe und Veranstaltungen

1 Stelle Onlineredakteurin/Onlineredakteur, E11/ A12 Sonstiger Dienst, 3. QuE

- Redaktionelle Aufbereitung der Themen des Referat für Stadtplanung und Bauordnung und Pflege der Themen (mit ständiger Termingebundenheit)
- Projektbezogenes Entwickeln und Mitwirken an Online-Beteiligungen/Dialogen; Weiterentwickeln der Plattform muenchen-mitdenken.de
- Projektbezogene Einbindung von Sozialen Medien

1 Stelle Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit „Partizipation“, E13/ A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. QuE

- Eigenständiges Entwickeln, Erstellen und Durchführen von themen- bzw. projektbezogenen Konzepten der Bürgerbeteiligung zu z.T. komplexen, wissenschaftlichen Themen, auch referatsübergreifend
- Abstimmung der Bürgerbeteiligungen mit anderen Dienststellen, auch referatsübergreifend, und z.T. im politischen Raum
- Entwickeln von zielgruppenbezogenen Methoden der Bürgerbeteiligung im Bereich der Verkehrsplanung
- Mitarbeit an der Entwicklung von Standards zur Bürgerbeteiligung

Hauptabteilung II:

2 Stellen Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung, E12/ A 12 Technischer oder Sonstiger Dienst, 3. Qualifikationsebene

2 Stellen Organisation Bürgerbeteiligung, A 12 Verwaltungsdienst, 3. Qualifikationsebene

Begründung des Stellenbedarfes:

Bereits die bisherige Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung haben in der Vergangenheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem hohen Arbeitsaufwand geführt, der in der Regel nur durch erhebliche Mehrarbeit (Überstunden) erbracht werden konnte. Durch die stärkere Bürgerbeteiligung, vor allem die informellen Instrumente, und die stärkere Nutzung neuer Medien werden in den nächsten Jahren noch mehr Aufgaben auf die Stadtplanung zukommen.

So werden sowohl die Quantität als auch die Anforderungen an die Qualität der Information, Kommunikation und Bürgerbeteiligung künftig stark zunehmen. Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und Erwartungen sowie der immer komplexer werdenden Planungen ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren eine noch größere Zahl von Projekten und Themen öffentlich diskutiert und öffentlichkeitswirksam begleitet werden muss als bisher.

In einer immer dichter werdenden Stadt sind zahlreiche unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen und nicht nur die Themen Verkehr und Versorgung mit sozialer Infrastruktur lösen bei Anwohnerinnen und Anwohnern von wichtigen städtebaulichen Projekten, aber auch bei der Stadtgesellschaft insgesamt immer intensivere Wünsche nach frühzeitiger und umfassender Information und Möglichkeiten der Mitwirkung aus, denen nachgekommen werden muss, um nicht Ängste und Befürchtungen gegenüber einem Projekt auszulösen bzw. um diese aufzugreifen.

Der erhebliche Mehraufwand, der mit diesen Aufgaben verbunden ist, ist mit dem derzeitigen Personal nicht im nötigen Umfang und der geforderten Qualität zu bewältigen.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellten Positionen):

2 Stellen Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung, E12/ A 12 Technischer oder Sonstiger Dienst, 3. Qualifikationsebene

- Entwickeln, Erstellen und Durchführen von Beteiligungsformaten – sowohl projektunabhängig als auch projektbezogen
- Koordination, Qualitätsmanagement und -sicherung und Redaktion von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. Wettbewerbsausstellungen
- Durchführen von Sonderaufgaben wie z. B. Entwicklung zielgruppenbezogene Wettbewerbe und Veranstaltungen
- Mitarbeit an der Entwicklung von Standards zur Bürgerbeteiligung

2 Stellen Organisation Bürgerbeteiligung, A 12 Verwaltungsdienst, 3. Qualifikationsebene

- Event- und Veranstaltungsmanagement – Organisation von Veranstaltungen, Tagungen, Workshops
- Unterstützung bei Ausschreibung für externe Verfahren (z.B. Leistungsbilder)
- Erarbeiten von Rahmenverträgen bzgl. Technik, Raummieten, Catering, Moderation etc.

Hauptabteilung III

1 Stelle Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung, E13/ A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. Qualifikationsebene

Begründung des Stellenbedarfes:

Bereits die bisherige Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung haben in der Vergangenheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem hohen Arbeitsaufwand geführt, der in der Regel nur durch erhebliche Mehrarbeit (Überstunden) erbracht werden konnte. Durch die stärkere Bürgerbeteiligung, vor allem die informellen Instrumente, und die stärkere Nutzung neuer Medien werden in den nächsten Jahren noch mehr Aufgaben auf die Wohnungsbauförderung und Stadtansanierung zukommen.

So werden sowohl die Quantität als auch die Anforderungen an die Qualität der Information, Kommunikation und Bürgerbeteiligung künftig stark zunehmen. Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und Erwartungen sowie der immer komplexer werdenden Planungen ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren eine noch größere Zahl von Projekten und Themen öffentlich diskutiert und öffentlichkeitswirksam begleitet werden muss als bisher.

In einer immer dichter werdenden Stadt sind zahlreiche unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen und nicht nur die Themen Verkehr und Versorgung mit sozialer Infrastruktur lösen bei Anwohnerinnen und Anwohnern von wichtigen städtebaulichen Projekten, aber auch bei der Stadtgesellschaft insgesamt immer intensivere Wünsche nach frühzeitiger und umfassender Information und Möglichkeiten der Mitwirkung aus, denen nachgekommen werden muss, um nicht Ängste und Befürchtungen gegenüber einem Projekt auszulösen bzw. um diese aufzugreifen.

Der erhebliche Mehraufwand, der mit diesen Aufgaben verbunden ist, ist mit dem derzeitigen Personal nicht im nötigen Umfang und der geforderten Qualität zu bewältigen.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

1 Stelle Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung, E13/ A13 Technischer oder Sonstiger Dienst, 4. Qualifikationsebene

- Eigenständiges Entwickeln, Erstellen und Durchführen von themen- bzw. projektbezogenen Konzepten der Bürgerbeteiligung zu z. T. komplexen Themen, auch referatsübergreifend
- Abstimmung der Bürgerbeteiligungen mit anderen Dienststellen, auch referatsübergreifend, und z. T. im politischen Raum
- Entwickeln von zielgruppenbezogenen Methoden der Bürgerbeteiligung im Bereich der Wohnungsbauförderung und Stadtansanierung

- Mitarbeit an der Entwicklung von Standards zur Bürgerbeteiligung

Hauptabteilung IV

1 Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit HA IV, E10/ E11 Technischer Dienst, 3. Qualifikationsebene

Begründung des Stellenbedarfes:

Die Ausführungen zeigen, dass sowohl die inhaltlichen planerischen Aufgaben als auch die veränderten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger eine deutlich stärkere und aktivere Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit des Referats für Stadtplanung und Bauordnung erforderlich machen. Die vielfältigen und zum Teil sehr komplex miteinander verwobenen Aufgaben des Referates für Stadtplanung und Bauordnung erfordern eine gemeinsame, übergreifende Öffentlichkeitsarbeit, die ein Dach bildet (PlanTreff). Die konkreten, verfahrensbezogenen Bürgerbeteiligungen sollen wie beschrieben dezentral in den Hauptabteilungen und Abteilungen geleistet werden. Dies kann nur gelingen, wenn das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zusätzliches Personal erhält, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

1 Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit HA IV, E10/ E11 Technischer Dienst, 3. Qualifikationsebene

- Entwickeln von Kommunikationskonzepten
- Erstellen von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit
- Sonderaufgaben wie z. B. Vorbereiten der Beiträge der Hauptabteilung IV für Folien-darstellungen bei Bürgerversammlungen

C) Sonstiger Personalbedarf

Referatsgeschäftsleitung - Ausbildung Baureferendarinnen und -referendare

6 Ausbildungsstellen

Bisher bot das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zur Nachwuchsgewinnung für die 4. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, Fachgebiet Städtebau, regelmäßig jährlich drei Ausbildungsplätze für das Baureferendariat an.

Dabei handelt es sich um eine gut zwei Jahre dauernde Zusatzqualifikation für Absolventinnen und Absolventen mit Abschlüssen auf Masterniveau z. B. der Studiengänge Architektur oder Stadtplanung, die nach erfolgreicher Qualifikationsprüfung den Einstieg in die Beamtenlaufbahn der vierten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, fachlicher Schwerpunkt bautechnischer und umweltfachlicher Verwaltungsdienst, ermöglicht, vergleichbar dem Referendariat der Juristinnen und Juristen, das mit dem 2. Staatsexamen abschließt.

Vor dem Hintergrund der hohen Anzahl von Personalzuschaltungen durch Stadtratsbeschlüsse u. a. zu den Themen „Wohnen in München V“ oder „Langfristige Siedlungsentwicklung“ aber auch auf Grund der weiteren anstehenden Stellenmehrungen z. B. mit dem hier vorgelegten Beschlussentwurf zeichnet sich ab, dass im Referat für Stadtplanung und Bauordnung künftig auch mehr Nachwuchskräfte für die 4. Qualifikationsebene im technischen Bereich benötigt werden.

Auch mit Blick auf den demografischen Wandel muss künftigem Personalmangel möglichst frühzeitig mit wirksamen Maßnahmen entgegengewirkt werden. In diesem Zusammenhang darf auf den Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 29.07.2015 (Mittelfristige Personalplanung und stadtinterner Arbeitsmarkt – Personalgewinnungskonzept – Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 02466) Bezug genommen werden, der sich u. a. mit neuen Strategien zur Personalgewinnung für den Verwaltungsdienst sowie mit der Ausweitung der Ausbildungszahlen in diesem Bereich auseinandersetzt.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat bereits auf die geschilderten Entwicklungen reagiert und erstmals in diesem Jahr die Einstellung von fünf Baureferendarinnen und Baureferendare zum 01.10.2015 in die Wege geleitet. Auch künftig sollen jährlich jeweils fünf statt bisher drei Ausbildungsplätze geboten werden.

Da das vorhandene Kontingent von neun Ausbildungsstellen nur auf drei Einstellungen pro Jahr ausgelegt ist, werden insgesamt sechs zusätzliche Ausbildungsstellen für Baureferendarinnen und Baureferendare der 4. Qualifikationsebene unbefristet benötigt.

Referatsgeschäftsleitung – Berichts- und Beschlusswesen SG 3

1 Stelle Sachbearbeitung „Berichts- und Beschlusswesen“, E9/ A10 Verwaltungsdienst, 3. Qualifikationsebene

Begründung des Stellenbedarfes:

In den letzten Jahren hat das Aufgabengebiet im Berichts- und Beschlusswesen signifikant zugenommen, der Personalstand wurde bislang nicht mit einem Finanzierungsbeschluss erhöht. Die Aufgabenerledigung ist streng termingebunden und hat maßgeblichen Anteil an der formellen Rechtmäßigkeit der im Zusammenhang mit der Geschäftsordnung des Stadtrates (GeschO) anfallenden Aufgaben.

Beispielhaft können folgende Kennzahlen genannt werden:

Die Stadtratsvorlagen für den Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung (SB) und die Vollversammlung verzeichnen einen Anstieg seit 2010 von 173 Vorlagen auf 203 in 2014 (Steigerung um + 28 %). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich,

- die schriftlichen Anfragen nach § 68 GeschO von 145 auf 227 (+ 57 %),
- die Bezirksausschussanträge von 177 auf 224 (+ 27 %) und
- die Bürgerversammlungsempfehlungen von 118 auf 132 (+ 12 %).

Auch die Zahlen für Bürgerinnen- und Bürgeranfragen an die Referatsleitung oder über das Direktorium, deren Beantwortung über das Sachgebiet Beschluss- und Berichtswesen koordiniert wird, ist im Zeitraum 2012 – 2014 ebenfalls erheblich angestiegen und der Trend setzt sich fort (Bürgerschreiben direkt an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung): Steigerung von 111 in 2012 auf 276 in 2014 und Bürgeranschreiben über das Direktorium von 44 in 2012 auf 287 in 2014.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Bearbeiten sämtlicher Beschlussvorlagen und Antwortentwürfe zu Anfragen nach § 68 der GeschO des Referates für Stadtplanung und Bauordnung in Bezug auf die formelle Richtigkeit
- Evidenthaltung des Ratsinformationssystems für die Dokumente des Referates für Stadtplanung und Bauordnung
- Koordinierung der Stadtratsanträge, Bezirksausschussanträge und Bürgerversammlungsempfehlungen innerhalb des Referates für Stadtplanung und Bauordnung
Koordinierung von Bürgeranfragen an den Herrn Oberbürgermeister einschließlich Terminüberwachung

Referatsgeschäftsleitung, dIKA

1 Stelle Sachb. Fachlich-Technische-Dienstleistung, E10/ A 11 IT-Dienst, 3. Qualifikationsebene

Begründung des Stellenbedarfes:

Um die IT-Betreuung der zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den IT-Betrieb im Referat für Stadtplanung und Bauordnung sicherzustellen, ist die Schaffung von zusätzlichen

Ressourcen im dIKA des Referats für Stadtplanung und Bauordnung erforderlich.

Durch das innovative und komplexe Aufgabengebiet der Öffentlichkeitsarbeit, auch in Hinblick auf das Thema eGovernment, ist hier von einem zusätzlichen Betreuungsaufwand auszugehen. Hierbei handelt es sich z. B. um die Betreuung von grafische Anwendungen und Fachanwendungen auf LIMUX- und Windowsarbeitsplätzen.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Betreuen von IT-Störungen, Anfragen und Systemereignisse innerhalb des Rahmens der MIT-GA
- Überführung von IT-Software innerhalb des Rahmens der MIT-GA in den Betrieb einschließlich der Prüfung und Sicherstellung, dass nur autorisierte Software eingesetzt wird
- Besonders verantwortliche Tätigkeiten wie z. B. die Koordinierung von Prozessen, Systemen und Funktionen, die für die Qualitätssicherung sowie für die Einführung und den Erhalt der auszurollenden IT-Bausteine erforderlich sind
- Einführung von neuen Softwareversionen komplexer Fachprogramme mit hohen Schwierigkeitsgrad

Durchführen von Einweisungen und einheitenspezifische Konfiguration von Fachanwendungen im Rahmen der MIT-GA

Büro der Referatsleitung

1 Stelle Sachbearbeitung „Persönliche/r Mitarbeiterin“, E10/ A11 Verwaltungsdienst Dienst, 3. Qualifikationsebene

Begründung des Stellenbedarfes:

Die wesentlichen Herausforderungen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung erfordern neben dem eigenen technischen Expertentum zunehmend Gehör und Akzeptanz der Stadtgesellschaft, um entsprechende Projekte auf den Weg zu bringen. Bürgerinitiativen zeigen, dass sich die diffusen Veränderungsängste in der Stadtgesellschaft stark bündeln und das Medienecho beeinflussen. Die genannten Trends haben sich durch Internet- und Social-Mediaanwendungen innerhalb weniger Jahre extrem beschleunigt vervielfältigt. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung muss solche Strömungen frühzeitig erkennen und eine noch bessere Informationspolitik dagegen aufbauen. Hierzu ist verstärkt eine Kampagnenarbeit beim Büro der Referatsleitung erforderlich. Die Arbeit bei der Referatsleitung als schnelle Eingreiftruppe für Sonderaufgaben hat zugenommen. Auftretende Kompetenzabgrenzungen und Schnittstellenklärungen erfordern erheblichen Arbeits- und Abstimmungsaufwand. Zusätzlich werden die in der Bürgerinnen- und Bürgersprechstunde beim Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen Anliegen im Büro der Referentin in Abstimmung mit den Fachabteilungen inhaltlich aufbereitet und koordiniert.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Konzipieren, Weiterentwickeln und Pflegen der Kommunikation der Pressestelle des Referats für Stadtplanung und Bauordnung
- Bearbeiten und Redigieren von Textbeiträgen und Interviews der Stadtbaurätin (Schlussredaktion)
- Presseauskünfte an die Tagespresse erteilen, Presseinformationen erarbeiten und redigieren
- Pressetermine organisieren, vorbereiten und durchführen
- Bürgeranfragen eigenständig unter Einbeziehung der Fachabteilungen beantworten
- Bürgersprechstunde des OB referatsbezogen betreuen, intern koordinieren und fachlich aufbereiten

Die Personalkosten stellen sich wie folgt dar:

Stellenwert	Jährlicher Mittelbedarf	Produkt/ Produktleistung	Kostenstelle
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
A 9 / A 10	45,010.00 €	581610000	18110000
E 6	48,400.00 €	582610000	18210000
E 6	48,400.00 €	582610000	18210000
E 6	48,400.00 €	582610000	18210000
E 6	48,400.00 €	582610000	18210000
E 6	48,400.00 €	582610000	18210000
E 10	63,330.00 €	5800000	18050001
E 14	94,410.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 12	82,450.00 €	581610000	18110000
E 11	75,450.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 12	82,450.00 €	582610000	18210000
E 12	82,450.00 €	582610000	18210000
A 12	59,030.00 €	582610000	18210000
A 12	59,030.00 €	582610000	18210000
E 13	74,270.00 €	HA III	18310000
E 10	63,330.00 €	5891000	18420000
Ausbildungsstelle	18,470.00 €	5800000	18000001
Ausbildungsstelle	18,470.00 €	5800000	18000001
Ausbildungsstelle	18,470.00 €	5800000	18000001
Ausbildungsstelle	18,470.00 €	5800000	18000001
Ausbildungsstelle	18,470.00 €	5800000	18000001
Ausbildungsstelle	18,470.00 €	5800000	18000001
A 9 / A 10	45,010.00 €	5800000	18040000
E 10	63,330.00 €	5800000	18050001
A 9 / A 10	45,010.00 €	5800000	1800000
Summe	1.733.000 €		

2 LBK zukunftsfähig ausstatten, Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität und zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Beschluss der Vollversammlung vom 16.03.2016 (Vorlagen Nr. 14-20 / V03291)

Neu geschaffenen Stellen 26
Zurückgestellte Stellen 7
Davon

Hauptabteilung IV:

- 2 Stellen Servicetelefon, Bauberatung, Beratungsmappe, E10, Technischer Dienst, 3. QuE:
- 1 Stelle zur „zentralen Rückgabe mangelbehafteter Bauanträge, 10, Technischer Dienst, 3. QuE:
- 1 Stelle Genehmigungssachbearbeitung, A10/ E9, Verwaltungsdienst, 3. QuE
- 2 Stellen Technische Sachbearbeitung der Bauanträge, E10, Technischer Dienst, 3. QuE:
- 1 Stelle Personalsachbearbeitung; A 10/ E9 Verwaltungsdienst 3. QE

2 Stellen Servicetelefon, Bauberatung, Beratungsmappe, E10, Technischer Dienst, 3. QuE:

Begründung des Stellenbedarfes :

Aufgrund der wachsenden Einwohnerzahlen und dem damit verbundenen, immer größer werdenden Bedarf an Wohnraum ist mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen in allen Bereichen der LBK zu rechnen. Angesichts der Flächenknappheit und der zunehmenden Widerstände gegen nachverdichtende Bautätigkeit steigt die Komplexität der Fallbearbeitung im Spannungsfeld der unterschiedlichen Erwartungen kontinuierlich an. Mittlerweile ist damit ein Maß an Belastung erreicht, das auch für die Beschäftigten der Lokalbaukommission im Referat für Stadtplanung und Bauordnung nicht mehr zumutbar ist. Die Kennzahlen der LBK sowie die Ergebnisse von Great Place to Work (GPTW) in der LBK unterstreichen dies deutlich.

Die Arbeit der LBK war von 2002 bis 2012 von den Rahmenbedingungen der Haushaltskonsolidierung gekennzeichnet. Zahlreiche Stellen wurden abgebaut, die Arbeitsmengen konnten nur durch Umstrukturierung und Aufgabenkritik bewältigt werden. Die Zusammenlegung von Teams, die Neuordnung der Bauberatung und die Arbeit an den wichtigsten Schnittstellen der LBK stand im Vordergrund. Für zusätzliche Aufgabenstellungen bestanden keine Spielräume. Einzelne, gezielte Stellenzuschaltungen im Rahmen von Aufgabenmehrungen wie der Wohnungsbauoffensive, langfristige Siedlungsentwicklung, Schulbauoffensive oder Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen sind zwar erfolgt. Diese Personalausstattungen im Rahmen von Sonderaufgaben decken jedoch nur die zusätzlichen Aufgaben ab, stärken aber nicht die Kernbereiche der LBK.

Zur Bewältigung der vielfältigen Erwartungen an die LBK in quantitativer und qualitativer Hinsicht, zur Stabilisierung und Beschleunigung der normalen Genehmigungsverfahren und zum Abbau von Rückstauphänomenen bedarf es dringend weiterer Personalausstattungen.

Der Bedarf orientiert sich an den Darstellungen der o.g. Beschlussvorlage.

Servicezentrum, Infothek und Planannahme

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, zur Verfahrensbeschleunigung, zur Umsetzung des Projekts „Einführung einer Beratungsmappe“ und zur Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit ist in diesem Bereich eine Verstärkung durch Personalausstattung notwendig.

Servicezentrum: Servicetelefon

Das Servicetelefon wird von den Kundinnen und Kunden immer stärker nachgefragt. Die Anrufe gehen im Servicezentrum der LBK ein und werden von den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben den persönlichen Beratungen bedient. Jährlich kommen alleine über

Anrufe im Schnitt rund 25.000 Anfragen zum Baurecht und zu laufenden Bauantragsverfahren an. Bei Überauslastung wird die Beratung der persönlich anwesenden Kundinnen und Kunden zu Lasten der telefonischen Erreichbarkeit priorisiert .

Die Bewältigung des seit Ende 2011 zusätzlich zentralisierten Beratungsgeschäfts im Servicezentrum erfordert einen weit höheren zeitlichen Beratungsaufwand, als mit den Stundenzuschaltungen des „roulierenden“ Personals aus den Bezirken aufgefangen werden konnte. Eine weitere Verstärkung zu Lasten der Bezirke ist nicht zielführend, weil es eine der Intentionen der Neuausrichtung war, die Baubezirke von allgemeinem Parteiverkehr freizustellen und eine verstärkte Konzentration auf das Antragsverfahren zu erreichen. Dies hat in der Konsequenz seitdem zu einer „konstant schlechteren“ telefonischen Erreichbarkeit des Servicezentrums geführt (2012: 30%, 2013: 22%, Mitte 2014: 27%). Eine Besserung der Situation kann nur mit Zuschaltung zusätzlichen Personals direkt im Servicezentrum erfolgen.

Neben der Steigerung der telefonischen Erreichbarkeit steht auch die Beantwortung zahlreicher E-Mail Anfragen im Fokus. In den letzten Jahren war auch hier ein Anstieg der Fallzahlen um über 70% von 1646 in 2012 , über 1874 in 2013 auf 2329 erfasste Fälle in 2014 zu verzeichnen. Hiervon konnten ca. zwei Drittel telefonisch beantwortet werden, die weiteren Anfragen erforderten Recherchen und schriftliche Antworten.

Servicezentrum: Beratungsmappe

Zusätzlicher Aufwand wird auf allen Servicearbeitsplätzen in der Infothek auch bei der Einführung der „Beratungsmappe“ entstehen. Sie muss direkt im Beratungsgespräch angelegt werden und soll wartende Kundschaft nicht belasten. Die Beratungsmappe wird dort angezeigt sein, wo es um Fragen der Bebaubarkeit eines Grundstücks geht, kann aber auch in anderen Konstellationen helfen. Fast drei Viertel der rund 12.000 (2014) persönlichen Beratungsgespräche betreffen grundstücksbezogene Auskünfte oder sind inhaltlich auf ein konkretes Vorhaben bezogen. In vielen dieser Fälle wird eine Beratungsmappe (ggf. mit unterschiedlichem Umfang) nachgefragt werden, wobei hier die Notwendigkeit der Erhebung einer Schutzgebühr noch zu prüfen ist, da neben dem Personalaufwand nicht unerheblicher Sachaufwand für die Materialien und Ausdrücke anfällt. Die Beratungsmappe soll unmittelbar nach erfolgter Personalauswahl und nach Umsetzung der aktuellen Planung zur baulichen Erweiterung der Infothek um zwei Arbeitsplätze eingeführt werden.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Auskünfte und Bauberatung, auch in schwierigen Fällen (vorwiegend persönliche Vorsprachen im Servicezentrum)
- Allgemeine Auskünfte und Beratung (vorwiegend am Telefon oder per mail/Fax)
- Aktualisierung des Wissenstandes, Pflege des Index und Beratungsmaterials
- Besetzung der Empfangstheke des Infozentrums

1 Stelle zur „zentralen Rückgabe mangelbehafteter Bauanträge, 10, Technischer Dienst, 3. QuE:

Begründung des Stellenbedarfes :

Planannahme: unvollständige Bauanträge - Entlastung der Bezirksteams von der technischen Planprüfung

Das Ziel, die Dienstleistungsorientierung weiter zu stärken und deswegen seit 2007 den Antragsteller wegen des Änderungs- und Ergänzungsbedarfs von Bauantrag und Bauvorlagen möglichst nur einmal anzuschreiben hat in der Folge eine starke Verlagerung von Arbeitsschritten im Rahmen der Vervollständigung von Bauanträgen auf die Bezirksteams ausgelöst. Das Ziel der Kundenorientierung hat damit negative Effekte gebracht. Die erste inhaltliche Rückmeldung an den/die Entwurfsverfasser/in bzw. Antragsteller/in kommt verzögert und die Teams sind mit Mehrarbeit belastet, die dem

eigentlichen Genehmigungsverfahren vorausgehen sollte.

Die Sicherstellung eines einheitlichen Nachforderungsverhaltens der Lokalbaukommission gegenüber den am Bau Beteiligten sowie das bindende Vertreten der festgestellten Mängel und der Nachforderungen gegenüber Antragsteller/innen und Entwurfsverfasser/innen gehen aber weit über eine bloße - wenn auch vom Umfang her deutliche - Rückverlagerung der unmittelbaren Beanstandung unvollständiger Bauanträge auf die Planannahme hinaus und erfordert deshalb Personal in der bisher dort nicht eingesetzten Qualifikationsebene 3.

Zudem wird an einer Umstellung der Vervollständigungsverfahren spätestens mit Einführung der Digitalisierung der Bauakten in der LBK kein Weg mehr vorbei führen. Es wäre sinnlos, eingehende Bauanträge erst zu erfassen und erst danach die Vollständigkeit der Unterlagen nach Erstüberprüfung durch die Bezirksteams zu garantieren. Die Überprüfung der grundsätzlichen Vollständigkeit muss künftig vor der digitalen Erfassung in der Planannahme erfolgen. Diese Arbeitsschritte sind auch nicht von den im Rahmen des Digitalisierungsprojekts bewilligten Stellen abgedeckt. Die dort beschlossenen Stellen decken ausschließlich den errechneten Aufwand für Einlesen und Erfassen von Bestandsakten und Neuanträgen ab.

Für die zentrale Rückgabe mangelbehafteter Arbeitsunterlagen ist ein deutlicher Ressourceneinsatz in der Planannahme erforderlich (Rückgabe unvollständiger Bauanträge an Bauherrn und Architektinnen bzw. Architekten durch die Planannahme, zweite Prüfung nach Wiedervorlage vor Weiterreichung an die Teams, ggf. Vollzug der Rücknahmefiktion). Die LBK kann diese Ressourcen nicht aus den überlasteten Bezirksteams beziehen.

Der Bedarf wurde in einer Arbeitsgruppe 2013/2014 ermittelt. In einem mittleren Szenario (Beanstandung/Vervollständigung/Rückgabe von Mängeln, die die Weiterbearbeitung verhindern) ist von rund 40-50% mangelbehafteter Anträge auszugehen. Bei durchschnittlich 470 Stück/Monat macht dies rund 220 Stück/Monat die einer zweiten Prüfung nach Mangelbehebung bedürfen. Der Mehraufwand hierfür wird ca. + 45% der heute vorhandenen Personalstunden betragen. Die verwaltungsmäßige Betreuung soll eine vorhandene Verwaltungseinheit im Abteilung zentrale Dienste übernehmen.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

Prüfung von Problemfällen und Entscheidung über die Annahme / Rückgabe solcher Anträge

- Kontrolle der einheitlichen und fachlichen Sachbearbeitung
- Vertreten der festgestellten Mängel und der Nachforderungen gegenüber Antragsteller/innen und Entwurfsverfasser/innen
- Kontrolle nachgereichter und korrigierter Bauvorlagen
- Beratung von Antragsteller/innen und Entwurfsverfasser/innen zum Bauantragsverfahren
- Abschließende Bearbeitung der technischen Inhalte unvollständiger Anträge bei Eintritt der Rücknahmefiktion

1 Stelle Genehmigungssachbearbeitung, A10/ E9, Verwaltungsdienst, 3. QuE

Begründung des Stellenbedarfes :

Baubezirke - Verwaltungen

Für die neun Technikteams der LBK wirkt die beschriebene Rückverlagerung der Vervollständigung und die beantragte personelle Stärkung als Entlastung. Zusammen mit den neu geschaffenen Stellen aus diversen Aufwuchsprojekten (Lasie, Schulbauoffensive,

Flüchtlinge und Wohnungslose etc.) wurden zum Teil gravierende Lücken und Überlastungserscheinungen im Technikbereich bedient.

Dadurch entsteht jedoch ein deutliches Ungleichgewicht in Hinblick auf die den Technikteams zugeordneten Verwaltungsteams. Die Baugenehmigungen unterliegen einem Vier-Augen-Prinzip. Den drei Technikteams stehen pro Bezirk je drei Gruppen Verwaltung gegenüber, die das Verwaltungsteam bilden. Diesen Verwaltungsteams obliegt die Qualitätssicherung für die auslaufenden Bescheide, rechtliche Fragen, das Nachbarverfahren, das Management der Zuleitungsverfahren sowie die Bescheidserstellung inklusive der Gebührenfestsetzung.

Qualitätsmängel schlagen direkt auf die Produktqualität durch. Bestehende Engpässe im Bereich der Verwaltungen durch Personalausfälle (Krankheit, Urlaub, Kur, Fortbildung, Mutterschutz, Teilzeit ohne Ausgleich etc.) sowie durch das erwähnte Ungleichgewicht zur Technik führen in der LBK zu direkt spürbaren Auslaufrückgängen, Rückstaus / Bestandsaufbau und Laufzeitverlängerungen. Gleichzeitig erledigen die Verwaltungskolleginnen und Kollegen den Hauptteil der Bürgeranliegen, politische Anfragen und sind für Beschlüsse und Berichte federführend. Die Erfahrung nach 10 Jahren Haushaltskonsolidierung zeigt, dass die Verwaltungsteams einer Mindeststärke bedürfen, bei deren Unterschreitung ein Team notleidend wird. Ein Ausgleich aus anderen Teams kann bei guter Besetzung erlangt werden. Arbeiten auch die anderen Teams "am Limit", bedeutet "Ausgleich", an anderer Stelle noch intakte Workflows zu verlieren.

Es wird daher vorgeschlagen, für die neun Verwaltungsgruppen eine Standardbesetzung von fünf Vollzeitäquivalenten pro Team vorzusehen. Die ausreichende Besetzung der Verwaltungsteams trägt zur Stabilisierung des Workflows und der Laufzeiten entscheidend bei.

Im heutigen System mit Besetzungen zum Teil deutlich unter 4 VZÄ führen Krankheit, Urlaub und Wechsel jeweils bereits zu Rückstau und Krisen, die negative Folgen und Wechselwirkungen haben (Rückstau - Beschwerden - rechtfertigendes Berichtswesen - Mehrbelastung - größerer Rückstau). Die Rückmeldungen aus GPTW zeigen, dass Verwaltungsteams deutlich stabilisiert und konsolidiert werden müssen. Die Genehmigungsverfahren werden unmittelbar beschleunigt, wenn die Verwaltungsteams intakt sind.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Verwaltungs- und kostenmäßiges Bearbeiten von Bauanträgen und Anträgen auf Vorbescheid
- Fertigen von Bescheiden im Bauvollzug
- Ausarbeiten von Stellungnahmen im Rahmen des Berichtswesens
- Fertigen von Abgeschlossenheitsbescheinigungen
- Verwaltungsmäßiges Bearbeiten der Stellungnahmen im Vollzug BImSchG, etc.
- Nachbar- und Grundstücksangelegenheiten, Dienstbarkeiten, Stellplatzablösen etc.

2 Stellen Technische Sachbearbeitung der Bauanträge, E10, Technischer Dienst, 3. QuE:

Begründung des Stellenbedarfes :

Mit den unter Ziffer 2 vorgeschlagenen Maßnahmen soll die Genehmigungstätigkeit verlässlicher ausgestaltet und beschleunigt werden. Dies setzt Personalzuschaltungen in den Bezirksteams Technik und Verwaltung voraus.

Leitbild der Vorschläge ist die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter als verantwortlicher Verfahrensmanager/in. Beschleunigungseffekte können nur erreicht werden, wenn die/der Mitarbeiter/in ohne nennenswerte Rückstände ist und in die Lage versetzt wird, die ihm

federführend zugewiesenen Fälle aktiv zu begleiten, und wenn diese Begleitung auch bei plötzlichen Vakanzen, Krankheit oder Urlaub nicht abreißt. Dazu müssen die Teams Verwaltung und Technik personell stabilisiert werden.

In einem durchschnittlichen LBK-Team werden jährlich knapp 700 neue Antragsverfahren verantwortet. Dabei geht es nicht nur um die Genehmigungsverfahren selbst. Auch die anschließende Bauüberwachung, die sich oft über mehrere Folgejahre hinzieht, wird in den Teams der LBK gesteuert. Nach dem Prinzip der einheitlichen Sachbearbeitung bleibt die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter, der die Genehmigung erstellt hat, auch in dieser Phase zuständig.

Bei der aktuellen Überlastung und Stau wird es kritisch. Unproduktive aber verständliche Rückfragen und Beschwerden häufen sich – das Team baut dann bei länger dauernder Überlastung Rückstände auf, die auch nicht zu Lasten anderer Bereiche kompensiert werden können, ohne dort die Stabilität der Verfahren zu gefährden. Es muss personell gegengesteuert werden.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellten Positionen):

- Bauberatung
- Technische Bearbeitung der Bauanträge und Vorbescheide,
- Ggf. Mitwirkung bei Zustimmungsverfahren, Planfeststellungsverfahren, immissionsschutzrechtlichen Verfahren u. ä.
- Aufgreifen von baurechtswidrigen Zuständen, mit Prüfung der nachträglichen Genehmigungsfähigkeit oder Einleitung der notwendigen Maßnahmen
- Durchführung der Bauüberwachung (Regelkontrollen, anlassbezogene Kontrollen, Stichprobenkontrollen)
- Technische Bearbeitung von Rechtsbehelfen und Berichtsanforderungen
- Bereitschaftsdienst

1 Stelle Personalsachbearbeitung; A 10/ E9 Verwaltungsdienst 3. QE

Begründung des Stellenbedarfes :

Sachbearbeitung Personal Geschäftsstelle LBK

Im Bereich der LBK Geschäftsstelle tritt mit Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen sowie mit den bereits bis heute umgesetzten neuen Aufgabenstellungen eine erhebliche Aufgabenmehrung im Personalbereich ein. Die Aufgabenmehrung resultiert aus einer allgemeinen Erhöhung des Aufgabenvolumens im Bereich Personalangelegenheiten. Die personelle Umsetzung dieser Vorlage bindet Kapazitäten in der Geschäftsstelle. Für die Personalgewinnung der o.g. neuen Planstellen fallen zusätzliche Aufgaben an (u.a. Besetzungsverfahren, Verteilung, Einarbeitungskonzepte, Qualifizierung, Raumangelegenheiten, Ausstattung etc.).

Derzeit nimmt die Lokalbaukommission, Abteilung 2-4 Bezirke, Bereich Technik, an dem Pilotprojekt „Kompetenzmanagement“ teil. Ziel des Kompetenzmanagements ist unter anderem, das vorhandene Personal gezielt zu entwickeln und erhalten sowie dadurch die vorhandenen Potentiale optimal zu fördern und einzusetzen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Abteilungen bei der Umsetzung des Projektes „Kompetenzmanagement“ intensiv von der Geschäftsstelle betreut werden müssen. Insbesondere bei der Erstellung von individuellen Entwicklungsplänen bedarf es der starken Unterstützung durch die Geschäftsstelle, was einen Mehraufwand zur Folge hat (z.B. Organisation von zusätzlichen Fortbildungen etc.).

Im Rahmen von GPTW ist der sehr umfangreiche Maßnahmenkatalog der HA IV -

Lokalbaukommission von der Geschäftsstelle aufzuarbeiten und umzusetzen.

Anfang 2015 wurde im Referat für Stadtplanung und Bauordnung das Fortbildungsprogramm „Planakademie“ für neue Dienstkräfte eingeführt. Im Rahmen von fachlicher Zuarbeit und Organisation von Einzelvorträgen für die „Planakademie“ führen diese Aufgaben zu einer weiteren Arbeitsmehrung im Bereich der Geschäftsstelle.

Wir sehen deshalb zur Bewältigung des stark erhöhten Aufgabenvolumens die dringende Notwendigkeit, eine Planstelle im Verwaltungsdienst (QE 3, A 10) zuzuschalten.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

- Personalsachbearbeitung
- Erstellen von Arbeitsplatzbeschreibungen in Zusammenarbeit mit den Abteilungen
- Erstellen von Anträgen auf Kapazitäts- und Stellenwertänderungen
- Bearbeiten und Betreuen von Stellenausschreibungsverfahren
- Beurteilungswesen
- Sonderaufgaben (GPTW, Organisation von Fortbildungsveranstaltungen etc.)

Personalkosten:

E 10	63,330.00 €	5891000	18420000
E 10	63,330.00 €	5891000	18420000
E 10	63,330.00 €	5891000	18420000
E 10	63,330.00 €	5891000	18410000
E 10	63,330.00 €	5891000	18410000
A 9 / A 10	45,010.00 €	5891000	18410000
A 9 / A 10	45,010.00 €	580000	18400100
Gesamt	406,670.00 €		

3. Langfristige Siedlungsentwicklung

Beschluss der Vollversammlung vom 20.07.2016 (Vorlagen Nr. 14-20 / V 06054)

PERSPEKTIVE MÜNCHEN
Langfristige Siedlungsentwicklung

Neu geschaffene Stelle: 1 VZÄ
Zurückgestellte Stellen: 3 VZÄ
Erneut beantragt: 3 VZÄ

Begründung des Stellenbedarfes

Für die Langfristige Siedlungsentwicklung und die Mobilisierung erheblicher zusätzlicher Potenziale für den Wohnungsbau werden neue Herausforderungen bei der Planung und Umsetzung zu bewältigen sein. Die gleichzeitige Überplanung zahlreicher bestehender, genutzter Gebiete mit dem Ziel der Lenkung der baulichen Entwicklung, der Nachverdichtung oder der Umstrukturierung wird einen deutlich höheren Aufwand für Planung, Management und Steuerung erfordern. Da nahezu das ganze Stadtgebiet zum Planungsgegenstand wird, werden Untersuchungen des Bestandes, kleinteiliger Entwicklungspotenziale, Erweiterungspotenziale von Infrastrukturen etc. weiter an Bedeutung gewinnen. Die Entwicklung von integrierten Strukturkonzepten zur Begleitung von Verdichtungs- und Umstrukturierungsprozessen stellt sich dabei als permanente Zusatzaufgabe des Referates für Stadtplanung und Bauordnung dar. Ein wichtiger Schwerpunkt wird dabei die intensive Zusammenarbeit und fachliche Abstimmung mit der Landschafts- und Freiraumplanung sein. Nur so kann sicher gestellt werden, dass Flächenpotenziale für den Wohnungsbau systematisch ermittelt und unter Wahrung der Qualitätsansprüche insbesondere auch für eine notwendige Freiraumversorgung tatsächlich aktiviert und genutzt werden können.

Dies kann nur gelingen, wenn das Referat für Stadtplanung und Bauordnung dauerhaft zusätzliches Personal erhält, um diese Aufgaben zu bewältigen. Mit der o.g. Beschlussvorlage wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung mit der systematischen Bearbeitung von Strukturkonzepten für die langfristige Siedlungsentwicklung beauftragt. Damit entsteht ein neuer zusätzlicher Arbeitsschwerpunkt in der Abteilung I/4 - Räumliche Entwicklungsplanung / Flächennutzungsplanung, der über das bisher mehr beobachtende Erfassen und Bewerten von Verdichtungs- und Umstrukturierungsprojekten hinaus geht. Letzteres wird auch weiterhin Aufgabe der vorhandenen bzw. bereits mit Beschluss von 2013 zugeschalteten Stellen bleiben. Daher hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung mit o.g. Beschlussvorlage die Schaffung von 4 Stellen (4 VZÄ) in der Hauptabteilung I - Abteilung 4 für Sachbearbeiter/innen "Langfristige Siedlungsentwicklung - Strukturkonzepte", in BesGr. A 13 / EGr. 13 TVöD, Technischer Dienst, 4. Qualifikationsebene beantragt.

Die Dringlichkeit und Priorität des gesamten Stellenbedarfs wurde von allen Parteien gesehen, weshalb in einem ersten Schritt eine Stelle mit o.g. Beschlussfassung als unabweisbar anerkannt wurde. Hinsichtlich der weiteren 3 VZÄ wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung gebeten, diese im Herbst im Rahmen der Haushaltsberatung 2017 erneut einzubringen.

Stellenbeschreibung für die noch nicht genehmigten Positionen „Sachbearbeiter/in Langfristige Siedlungsentwicklung - Strukturkonzepte“, in BesGr. A 13 / EGr. 13 TVöD, Technischer Dienst, 4. Qualifikationsebene:

- Eigenständiges Erarbeiten von Strukturkonzepten auf der Ebene der Stadtentwicklungsplanung zur Umsetzung der Strategien Qualifizierte Verdichtung, Umstrukturierung und Entwicklung am Stadtrand im Rahmen des Projektes Langfristige Siedlungsentwicklung
- Formulieren / Erarbeiten von fachlichen Zielen auf Ebene der teilräumlichen Planung
- Auswertung der Ergebnisse aus der Strukturplanung zur Fortschreibung der LaSie-Strategien
- Begleiten externer Werkauftragnehmerinnen und -auftragnehmer zu teilräumlichen

Fragestellungen sowie umfassende fachliche Prüfung und Bewertung von Gutachten und deren Abgleich mit den Erfordernissen der langfristigen Siedlungsentwicklung; Abstimmen und Verhandeln der Ergebnisse der Gutachten innerhalb des Referats für Stadtplanung und Bauordnung sowie mit weiteren Dienststellen und externen Beteiligten

- Eigenständiges Erarbeiten und Abstimmen der notwendigen Stadtratsvorlagen
- Bearbeiten von einschlägigen Anträgen und Empfehlungen der politischen Gremien und von Bürgerinnen und Bürgern
- Erstellen von fachlichen Stellungnahmen mit Bezug zur Langfristigen Siedlungsentwicklung
- Vermitteln der Planungen und Arbeitsergebnisse durch Auskunft und Kommunikation gegenüber verwaltungsinternen und politischen Gremien sowie Bürgerinnen und Bürgern
- Eigenständiges Planen und Koordinieren der Arbeitsschritte, Terminplanung und -überwachung
- Erstellen von Informationsmaterial, Organisieren und Mitwirken an Informationsveranstaltungen

Gesamtkosten

Stellenwert	Jährlicher Mittelbedarf	Produkt/ Produktleistung	Kostenstelle
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	581610000	18110000
E 13	74,270.00 €	5816000	18110000
Gesamt	222,810.00 €		

4 Denkmalschutz

Beschluss der Vollversammlung vom 16.03.2016 (Vorlagen Nr. 14-20/ V 04158)

40 Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz; die Münchner Denkmalliste: Nachträge und Streichungen seit 1989; Personalbedarf bei der Abteilung Denkmalschutz und Stadtgestalt - Untere Denkmalschutzbehörde wegen Aufgabenmehrung

Neu geschaffenen Stellen 1

Zurückgestellte Stellen 2

Erneut beantragte Stellen 2

Begründung des Stellenbedarfes:

Aufgrund einer Neuregelung zur Mitwirkung der Gemeinden bei der Nachqualifizierung der Denkmalliste entsteht bei der Unteren Denkmalschutzbehörde eine erhebliche Aufgabenmehrung. Zudem sind die den vergangenen Jahren die Fallzahlen kontinuierlich angestiegen. Zwischen den Jahren 2005 und 2015 sind die Fallzahlen der UDB bei den denkmalschutzrechtlichen Erlaubnisverfahren um 40 % deutlich gestiegen (Steigerung von 981 Fällen in 2005 auf 1369 im Jahr 2015. Weitere Details und Mengenangaben können der Beschlussvorlage Nr. 14-20 / V04158 entnommen werden. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Abteilung seit dem 2. Halbjahr 2015 deutlich mehr Zuleitungen ungenehmigter Werbeanlagen durch die Bezirksinspektion abarbeiten muss (seit 2009 ist die Anzahl dieser Meldungen von damals jährlich neun auf derzeit 153 - Stand: Mitte September 2016 - gestiegen. Ein Großteil dieser Fälle kann aus Kapazitätsgründen nicht bearbeitet werden.

Bei dem prognostizierten Wachstums- und Entwicklungsdruck und den damit verbundenen Verdichtungen und Umnutzungen von Altstadt und Gesamtstadt kommt der Arbeit der Abteilung Denkmalschutz eine wichtige Bedeutung zu. Die Personalzuschaltung ist zur umfänglichen Bearbeitung und Vermeidung von Rückstau erforderlich.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellten Positionen):

- 1 VZÄ Sachbearbeitung Verwaltung;
Zur Bearbeitung der gestiegenen Fallzahlen / Aufgaben im Bereich der UDB & Vermeidung von Rückständen. Tätigkeiten sind u.a.:
Vollzug des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (Erlaubnisverfahren), bearbeiten von Verstößen gegen das Denkmalschutzgesetz, verwaltungs- und kostenmäßiges Bearbeiten von Bauanträgen für Werbeanlagen sowie Fertigen von Bescheiden im Bauvollzug, bearbeiten von Verstößen gegen die Bayerische Bauordnung im Hinblick auf Anlagen der Wirtschaftswerbung, Mitwirkung bei der Erledigung des Beschluss- und Berichtswesens etc.
- 1 VZÄ Sachbearbeitung Technik
Die Kapazität ist zur weiteren Forcierung der Thematik sowie zur Entlastung der normalen technischen Sachbearbeitung im Bereich Denkmalschutz erforderlich. Tätigkeiten sind u.a.: Sachbearbeitung in Verfahren zu komplexen und bedeutenden Denkmallistennachträgen, technische und gestalterische Prüfung der erlaubnispflichtigen Maßnahmen an Baudenkmälern, Bauten in der Nähe von Baudenkmälern und bei Änderungen in Ensembles, farbliche Fassadengestaltung bei Neu- und Altbauten, Bearbeiten der Zuschussanträge, Beraten der Antragstellerinnen und Antragsteller in allen Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, Sachbearbeitung in komplexen und bedeutenden bauaufsichtlichen Verfahren für Werbeanlagen

Personalkosten:

Stellenwert	Jährlicher Mittelbedarf	Produkt/ Produktleistung	Kostenstelle
A9/ A10	45,010.00 €	5843000	18460000
E 11	75,450.00 €	5843000	18460000
Gesamt	120,460.00 €		

5 Biotoppflege

Beschluss der Vollversammlung vom 16.03.2016 (Vorlagen Nr. 14-20/ V 03733)
„Erfolgreiche Biotoppflege auf nichtstädtischen Flächen fortführen“:

Neu geschaffenen Stellen 1
Zurückgestellte Stellen 1
Erneut beantragte Stellen 1

Begründung des Stellenbedarfes:

Biotop- und Landschaftspflege sind wichtige Instrumente des Naturschutzes. Mit der beantragten Fortführung und personellen Aufstockung können auch weiterhin Biotopflächen auf nichtstädtischen Grundstücken gepflegt, entwickelt und erhalten werden sowie zahlreiche neue Maßnahmen in Form von Naturschutzprojekten in München umgesetzt werden. Die kontinuierliche Bearbeitung des Vertragsnaturschutzes staatlicher und städtischer Programme muss sichergestellt sein. Das Forum Biotoppflege als Fachgremium und Organisationsform für Biotop- und Landschaftspflege in der Landeshauptstadt München unter der Leitung der ständigen Vertretung der Stadtbaurätin muss fortgeführt werden. Die Stellen sind zur Abdeckung des gesamten Maßnahmenpaketes erforderlich.

Bei der Personalzuschaltung vom 16.03.2016 handelt es sich um die Entfristung der bereits vorhandenen Stelle. Mit einer weiteren Personalzuschaltung können die Aktivitäten, um weiteren Ausbau der Biotoppflege und Umsetzung der o.g. Maßnahmen wie z.B. Entwicklung, Erhaltung und Pflege von Biotopflächen auf nichtstädtischen Grundstücken, Umsetzung von Naturschutzprojekten, Vertragsnaturschutz, Öffentlichkeitsarbeit, Forum Biotoppflege etc., verstärkt werden.

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

1 Stelle Sachbearbeitung Naturschutz, Technischer Dienst, E 11, 3. QuE

- Vorbereitung und Organisation von Pflegemaßnahmen auf neu ermittelten Pflegeflächen (Kontaktaufnahme mit Eigentümerinnen und Eigentümern, Erstellung von Vergabeunterlagen für Pflegekonzepte und Pflegemaßnahmen, Einweisung, fachliche Begleitung und Abnahme der Maßnahmen).
- Ermittlung von Ausgleichsflächen nichtöffentlicher Vorhabensträger, die nach dem Auslaufen ihrer Pflegeverpflichtung eine dauerhafte Erhaltungspflege benötigen. Erfassung des Zustands der Flächen und Abgleich mit den festgelegten Entwicklungszielen der jeweiligen Genehmigung. Ermittlung des zukünftigen Umfangs der Erhaltungspflege nach Auslauf der Pflegeverpflichtung einschließlich einer groben Kostenkalkulation für einen mittleren Planungshorizont (12 Jahre). Abklärung der Förderfähigkeit durch staatliche Förderprogramme.
- Kontrolle von Ausgleichsflächen nichtöffentlicher Vorhabensträger. Erkennbare Mängel in der Umsetzung der Auflagen und Entwicklungsziele sollen erfasst und soweit möglich durch einen intensiven Kontakt zu den jeweiligen Genehmigungsbehörden und die für die Durchführung der Maßnahmen Verantwortlichen abgestellt werden. Eine optimale Entwicklungspflege ist notwendig, damit die zukünftigen Kosten für die Erhaltungspflege nach Auslaufen der Pflegeverpflichtung - die dann über öffentliche Mittel finanziert werden müsste - möglichst niedrig ausfallen werden.
- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung der Notwendigkeit von Biotop- und Landschaftspflege und zur Werbung für Maßnahmen auf zusätzlichen naturschutzfachlich bedeutsamen Pflegeflächen.

Gesamtkosten:

Stellenwert	Jährlicher Mittelbedarf	Produkt/ Produktleistung	Kostenstelle
E 11	74,450.00 €	5842000	18450000

6. Bürgerschaftliches Engagement

Beschluss der Vollversammlung vom 20.07.2016 (Vorlagen Nr. 14-20 / V 04822)

Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement; Schaffung einer Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung, in der Zentralen Informationsstelle für Öffentlichkeitsangelegenheiten (PlanTreff)

Neu geschaffene Stelle: 1 VZÄ
Zurückgestellte Stelle: 1 VZÄ
Erneut beantragt: 1 VZÄ

Begründung des Stellenbedarfes.

Bereits im Jahr 2013 hat der Stadtrat beschlossen, dass das Bürgerschaftliche Engagement und entsprechende Maßnahmen in allen Referaten verstärkt und ausgebaut werden sollen. Mit der Einrichtung einer koordinierenden Stelle kommt das Referat diesem Auftrag nach. Allerdings kann das Thema für die Stadtentwicklung und -planung nur eine Wirkung durch entsprechende Pilotprojekte vor allem in der Zielgruppe Kinder und Jugendliche entfalten, hierzu ist die Position des /der Wissenschaftlichen Sachbearbeiters/in, E13/ A13 zwingend notwendig.

Die wesentlichen Aufgaben der Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement sind:

- Zusammenarbeit mit dem Direktorium, um das gesamtstädtische Handlungskonzept den aktuellen Erfordernissen anzupassen und nachhaltig wirkende Maßnahmen zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement zu erarbeiten
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren
- Wahrnehmung der Funktion des/der Kinder-, Jugend- und Familienbeauftragten des Referats für Stadtplanung und Bauordnung
- Vertretung in der AG Partizipation beim Jugendamt sowie bei der AG Partizipation bei den freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit
- Vertretung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung in der Spielraumkommission des Münchner Stadtrats und Übernahme der gesamtstädtischen Geschäftsführung für die Kommission
- zielgerichtete Beteiligung an Aktionen und Veranstaltungen externer Partnerinnen und Partner zu Themen der Stadtentwicklung und Stadtplanung
- Initiieren und Fördern von Modellprojekten zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement; mit Schwerpunkten bei der Kinder- und Jugendpartizipation und auf der Stadtteilebene
- Beratung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen zur Unterstützung und Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement im Referat
- Vertretung des Referats bei Veranstaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene
- Mitarbeit an der Einführung von gesamtstädtischen Qualitätsstandards für professionell organisierte Einrichtungen, Vereine und Initiativen
- Referatsinterne Koordination der Belange zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement in Absprache mit der Referatsleitung
- Erarbeitung eines bedarfsorientierten Qualifizierungskonzepts

Um dem aufgezeigten Aufgabenspektrum gerecht werden zu können, wurde mit o.g.

Beschlussvorlage ein zusätzlicher Stellenbedarf in Höhe von zwei VZÄ in der 4.

Qualifikations-ebene beantragt:

- 1 Stelle Leiter/Leiterin der Koordinationsstelle , E 14 / A 14 Sonstiger, Technischer Dienst oder Verwaltungsdienst, 4. Qualifikationsebene
- 1 Stelle Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/in, E13/ A13 Sonstiger, Technischer Dienst oder Verwaltungsdienst, 4. Qualifikationsebene

Stellenbeschreibung (für die zurückgestellte Position):

Sachbearbeiter/in, E13/ A13 Sonstiger, Technischer Dienst oder Verwaltungsdienst, 4. QuE

- Stellvertretung der Gesamtkoordination des Arbeitsfeldes Bürgerschaftliches Engagement und in den weiteren Außenvertretungen
- Selbständige Leitung von Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Pilot- und Modellprojekten und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements
- Konzipierung, Gestaltung und Umsetzung der Modellprojekte
- Unterstützung bei der Geschäftsführung der Spielraumkommission und der Verwaltung und Weiterentwicklung des Förderprogramms „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt“
- Unterstützung bei Beschlussentwürfen für den Stadtrat, der Beantwortung von Stadtratsanfragen und -anträgen sowie Anfragen aus der Bevölkerung zum Thema Bürgerschaftliches Engagement

Gesamtkosten:

Stellenwert	Jährlicher Mittelbedarf	Produkt/ Produktleistung	Kostenstelle
E 13	74,270.00 €	5815000	18110000